

Sachbereich: Gesetzliche Ermächtigung zur Gefahrenabwehr

Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> die Voraussetzungen für ordnungsbehördliches Handeln an praktischen Fällen überprüfen 	8	<ul style="list-style-type: none"> Spezialgesetz mit eigener Ermächtigungsgrundlage § 14 OBG i.V.m. spezialgesetzlicher Verbots- oder Gebotsnorm Generalklausel § 14 Abs. 1 OBG Subsidiarität innerhalb des OBG bei Standardmaßnahmen (§ 24 OBG i.V.m. den Vorschriften des PolG NRW) <ul style="list-style-type: none"> Tatbestandsmerkmale der Generalermächtigung (Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, Problematik des Begriffs der öffentlichen Ordnung, Gefahr und Störung) Konkrete Gefahr in Abgrenzung zur abstrakten Gefahr (bei Erlass einer Ordnungsverfügung bzw. einer ordnungsbehördlichen Verordnung) 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Gesetzliche Ermächtigung zur Gefahrenabwehr

Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
		<ul style="list-style-type: none"> - gegenwärtige Gefahr als Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines Nichtverantwortlichen und für Maßnahmen im Wege des sofortigen Vollzugs (§§ 19 Abs. 1 Nr. 1 OBG, 55 Abs. 2 VwVG NRW) - erhebliche Gefahr bei hochwertigen Schutzgütern (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 OBG) - Gefahr im Verzug und ihre Bedeutung für §§ 6 Abs. 1 und 20 Abs. 1 Satz 2 OBG sowie verschiedene Verfahrensvorschriften des VwVfG NRW (z.B. § 28 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG NRW) - Abgrenzung der Anscheingefahr von der Scheingefahr und ihre Bedeutung für die Rechtmäßigkeit der Ordnungsverfügung - Gefahrenverdachtlagen und Gefahrenforschungseingriff im Rahmen der Sachaufklärung (§ 24 VwVfG NRW), „Untersuchungsgrundsatz“ 	

Sachbereich: Gesetzliche Ermächtigung zur Gefahrenabwehr			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none">▪ die Bedeutung des Eingriffsermessens für das ordnungsrechtliche Handeln erklären		<ul style="list-style-type: none">▪ Rechtsfolgeanordnung des § 14 Abs. 1 OBG▪ Reduzierung des Ermessensspielraums bis zum Anspruch auf ordnungsbehördliches Einschreiten	<ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Adressat der Ordnungsverfügung			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> die ordnungspflichtigen Personen ermitteln und das Auswahlermes- sen hinsichtlich des Adressaten in schwierigen Fällen fehlerfrei aus- üben 	8	<ul style="list-style-type: none"> natürliche Personen juristische Personen nicht rechtsfähige Vereinigungen (vgl. § 11 VwVfG NRW) Verhaltensverantwortliche Personen durch positives Tun oder Unterlas- sung Theorie der unmittelbaren Verursa- chung (§ 17 Abs. 1 OBG) Zurechnung des Verhaltens anderer Personen (§ 17 Abs. 2 und 3 OBG) Zustandsverantwortliche Personen Eingrenzung des Gefahrenherdes Verantwortlichkeit des Eigentümers (§ 18 Abs. 1 OBG) Verantwortlichkeit des Inhabers der tatsächlichen Gewalt (§ 18 Abs. 2 OBG) 	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerliches Recht Allgemeines Ver- waltungsrecht

Sachbereich: Adressat der Ordnungsverfügung			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit bei Gefahrenverdacht Verantwortung in sog. Opferposition Problematik der Kostenlast auf der Sekundärebene ▪ Anscheinsstörer und Verantwortlichkeit bei Gefahrenverdacht Ordnungspflicht bei Altlasten, insbesondere nach Bundesbodenschutzgesetz ▪ Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen Voraussetzungen und Grenzen der Inanspruchnahme nach § 19 OBG. Entschädigungspflicht (§§ 39 ff. OBG) ▪ Ordnungspflicht von Hoheitsträgern ▪ Rechtsnachfolge in Ordnungspflichten 	

Sachbereich: Maßnahmen			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> die Grundsätze für die Wahl des Mittels festlegen und gezielt anhand schwieriger Fälle bewerten sowie die Vereinbarkeit von Maßnahmen mit höherrangigem Recht auch an grundrechtlichen Vorgaben ausrichten 	4	<ul style="list-style-type: none"> Verhältnismäßigkeit <ul style="list-style-type: none"> - Geeignetheit - Erforderlichkeit - Angemessenheit Grundrechtliche Vorbehalte 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeines Verwaltungsrecht Staatsrecht

Sachbereich: Sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> die Zulässigkeit des Verwaltungszwangs erläutern, ein angemessenes Zwangsmittel auswählen und die Stationen des gestreckten Vollstreckungsverfahrens auf praktische Fälle anwenden sowie die Voraussetzungen für Maßnahmen im Wege des sofortigen Vollzugs beschreiben 	5	<ul style="list-style-type: none"> Androhung §§ 63, 69 VwVG NRW Festsetzung § 64 VwVG NRW Anwendung § 65 VwVG NRW Sofortiger Vollzug § 55 Abs. 2 VwVG NRW 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Die Ordnungsverfügung, einschließlich Bescheidtechnik			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none">▪ Ordnungsverfügungen mit Nebenentscheidungen (Hauptsachentscheidung, Zwangsmittelandrohung und Anordnung der sofortigen Vollziehung) unter richtiger Tenorierung in bürgerfreundlicher Sprache mit eingehender Begründung selbständig entwerfen	10	<ul style="list-style-type: none">▪ Form, Aufbau und Inhalt▪ Entscheidung in der Hauptsache▪ Androhung des Zwangsmittels▪ Anordnung der sofortigen Vollziehung▪ Begründung der Entscheidung tatsächliche und rechtliche Gründe Begründung von Ermessensentscheidungen	<ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Besonderheiten des Leistungsbescheids, Abgrenzung von der Ordnungsverfügung			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none">Besonderheiten des Leistungsbescheids verdeutlichen und das Problem der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen gegen Kostenbescheide darstellen	5	<ul style="list-style-type: none">Rechtsgrundlage des Leistungsbescheids (§ 77 Abs. 1 VwVG NRW i. V. m. den Vorschriften der KostO NRW)Formelle und materielle Rechtmäßigkeit des LeistungsbescheidsAnforderung der voraussichtlich entstehenden KostenAufschiebende Wirkung der Klage gegen den Leistungsbescheid	<ul style="list-style-type: none">Allgemeines Verwaltungsrecht

Sachbereich: Ordnungsbehördliche Verordnung			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none">▪ die Rechtsnatur ordnungsbehördlicher Verordnungen als Gesetz im materiellen Sinn erkennen und den behördlichen Gestaltungsspielraum verdeutlichen	4	<ul style="list-style-type: none">▪ Gesetzliche Ermächtigung für diese Rechtsverordnung (Art. 70 LV NRW, §§ 26 und 27 OBG)▪ Prüfung der Rechtmäßigkeit ordnungsbehördlicher Verordnungen, insbesondere Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht; gerichtliche Entscheidungen zur Wirksamkeit	<ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsrecht▪ Staatsrecht▪ Kommunalrecht▪ Methodik der Rechtsanwendung

Sachbereich: Ordnungsbehördliche Entschädigungspflicht und öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> Entschädigungsansprüche aus dem OBG bzw. aus dem Institut der Amtshaftung herleiten und den öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruch an Beispielen erläutern 	4	<ul style="list-style-type: none"> Ansprüche aus §§ 39 ff. OBG Amtshaftungsanspruch bei Untätigkeit der Behörde trotz Reduzierung des Ermessensspielraums – auf „Null“ nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG Herleitung und Inhalt des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs (Folgenbeseitigungslast) 	<ul style="list-style-type: none"> Bürgerliches Recht Staatsrecht

Sachbereich: Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten			
Feinziele: Die Teilnehmenden können	Einzel- stunden	Unterrichtsinhalte	Bezüge zu anderen Lehrgebieten
<ul style="list-style-type: none"> den Begriff der Ordnungswidrigkeit erklären die Voraussetzungen für eine Ahndung beschreiben und fallbezogen bewerten das Bußgeldverfahren in Grundzügen darstellen und anhand eines konkreten Falles eine angemessene Geldbuße vorschlagen sowie das Verwarnungsverfahren skizzieren 	12	<ul style="list-style-type: none"> Abgrenzung zur präventiv ausgerichteten Ordnungsverfügung Tatbestandsmäßigkeit § 1 Abs. 1 OWiG Rechtswidrigkeit § 1 Abs. 1 OWiG Vorwerfbarkeit §§ 1 Abs. 1, 10 ff. und 15 ff. OWiG Bußgeldverfahren §§ 46 ff. und 17 OWiG Verwarnungsverfahren: Zuständigkeit, Verfolgungshindernisse, Vorverfahren §§ 56 ff. OWiG Bußgeldbescheid (§§ 65, 66 OWiG) Rechtsbehelfe gegen Bußgeldbescheide und gerichtliches Verfahren (§§ 67 ff. OWiG) 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeines Verwaltungsrecht

60 Einzelstunden Unterricht

1 Klausur à 4 Unterrichtsstunden

2 Unterrichtsstunden für die Besprechung der Klausur